

Häuslebauer werden stärker zur Kasse gebeten

Senat will heute eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer beschließen – Haus & Grund: Pläne werden zu höheren Mieten führen

VON DENISE VON DER AHÉ

BREMERHAVEN. Der Verband der Hauseigentümer „Haus & Grund“ schäumt, auch die Opposition ist wenig begeistert: Wenn der rot-grüne Senat heute die Erhöhung der Grunderwerbssteuer zum 1. Januar 2014 von 4,5 auf 5 Prozent beschließt, werde das automatisch zu höheren Mieten führen, sagt der Geschäftsführer des Landesverbands von „Haus & Grund“, Bernd Richter. Zusammen mit der ersten Erhöhung vor zwei Jahren sei dies ein Preisschub von rund 43 Prozent, kritisiert Richter das Vorhaben.

Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer, die beim Kauf eines Grundstücks erhoben wird, soll nach Angaben des Finanzressorts 2014 acht Millionen und 2015 8,5 Millionen Euro zusätzlich in den Landeshaushalt spielen. Das Finanzressort begründet

erklären ...
Wir schließen folgenden
Kaufvertrag
über § 1 Grunderwerbsteuer
StG
Urk-Nr.



Wer ein Grundstück kauft, muss künftig fünf Prozent des Kaufpreises an den Fiskus abdrücken. Das ist die zweite Erhöhung nach 2011. Nach dem Senat muss noch die Bürgerschaft zustimmen.

Foto Kraufmann

die Erhöhung damit, dass sich das Land „in einer schwierigen Haushaltslage befindet und des-

wegen die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte sicherstellen muss“, so Sprecher Dr.

Daniel Buscher. Hierzu müssten auch die Steuereinnahmen verbessert werden. Aktuell erhebe der Zwei-Städte-Staat zudem eine niedrigere Grunderwerbssteuer als der Durchschnitt der Bundesländer. Es sei im Übrigen nicht zu erwarten, dass die Erhöhung den Grundstücksmarkt beeinträchtigt und potenzielle Grundstückskäufer ins niedersächsische Umland abwandern. Denn Niedersachsen wolle die Steuer 2014 ebenfalls auf fünf Prozent erhöhen.

Das sieht die FDP anders. „Das Land Bremen braucht mehr bezahlbaren Wohnraum“, betont der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende Dr. Magnus Buhlert. „Da ist die Erhöhung der Grunderwerbssteuer kontraproduktiv. So werden Grundstücke teurer, Bauwillige zieht es ins Umland, Bauträger und Anbieter neuer Mietwohnungen können nur teu-

tere Wohnungen anbieten.“ So würden Bestandswohnungen nicht frei, und Neubauten entstünden langsamer. Dabei brauche das kleinste Bundesland dringend mehr Einwohner. „Denn danach bemisst sich, was das Land Bremen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs bekommt“, so Buhlert weiter.

Auch die CDU-Bürgerschafts-abgeordnete Gabi Piontkowski ist von den Plänen des Senats alles andere als begeistert: „Der Senat tut alles, um Investoren und Privatleute abzuschrecken.“ Für Menschen, die in Bremerhaven oder Bremen ein Eigenheim erwerben wollen, werden die Hürden höher gesetzt, kritisiert die CDU-Politikerin. Dabei brauche das Land Bremen dringend Wohnungen für Familien mit Kindern. Auch Firmen, die ein Grundstück kaufen wollten, seien betroffen.